

2. Medien und politische Transformation

Die Ansätze zur Transformationstheorie und Zivilgesellschaft haben erste Hinweise auf die Bedeutung kommunikativer Handlungen für den Wandel autoritärer Systeme erbracht. Nunmehr muss ein präziseres Verständnis für die Rolle von Medien und Kommunikation in politischen Veränderungsprozessen erarbeitet werden. Dazu soll zunächst kurz auf das Konzept der Öffentlichkeit eingegangen werden, welches die grundlegenden Funktionen von Medien im demokratischen System verdeutlicht. Das demokratietheoretische Ideal eines freien und offenen Informations- und Meinungsaustauschs ist allerdings Einschränkungen unterworfen. Unterprivilegierte soziale Gruppen sind demzufolge bestrebt, ihrer Ausgrenzung von öffentlichkeitswirksamer Kommunikation mit der Schaffung eigener alternativer Sphären für Austausch und Debatte entgegenzuwirken – den sogenannten Gegenöffentlichkeiten. Ausgehend von diesen Überlegungen können sodann die Kommunikationsbedürfnisse und -strategien von Herausforderern dominanter Machtstrukturen erläutert werden. Besonders fruchtbar erweisen sich hier Ansätze zur Kommunikation sozialer Bewegungen, die, wie bereits erläutert, wichtige zivilgesellschaftliche Triebkräfte für eine Veränderung etablierter Normen und Machtverhältnisse sind. Abschließend werden anhand der bisherigen Forschungsliteratur Beiträge von Medien zu politischen Transformationsprozessen und Einflussfaktoren für ihr Wirken aufgezeigt.

ÖFFENTLICHKEIT UND GEGENÖFFENTLICHKEIT: HEGEMONIE IM AUFBAU

Die Unerlässlichkeit von Medien für ein demokratisches System ist unumstritten. Politische Entscheidungen in der Demokratie sind zustimmungsabhängig und bedürfen einer öffentlichen Legitimation. Aus diesem Grund stellt der öffentliche Austausch über Politik einen zentralen Mechanismus bei deren Herstellung, Be-

gründung und Durchsetzung dar.¹ Die Auffassung von Öffentlichkeit als prüfende und legitimierende Instanz der Handlungen politischer Akteure geht zurück auf Habermas und seine Untersuchung der Entstehung einer bürgerlichen Öffentlichkeit im Verlauf des 19. Jahrhunderts. Die Salons, Klubs und Pressepublikationen der erstarkenden Bourgeoisie bildeten eine intermediäre Sphäre zwischen Staatsmacht und Gesellschaft, in der politische und gesellschaftliche Belange debattiert wurden.² Medien haben bei der Herstellung von Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften insofern eine Schlüsselrolle, als sie durch Sammlung und Verbreitung von Informationen gesellschaftliche Zustände und Entwicklungen abbilden. Anhand dieses über Medien vermittelten Spiegelbilds der Gesellschaft können politische Präferenzen entwickelt werden und Entscheidungsträger ihr Handeln ausrichten. Somit wird eine Teilnahme am politischen Prozess erst möglich. Entscheidend für die umfassende Wiedergabe sozialer Realität ist demnach eine für unterschiedlichste Themen und Meinungen zugängliche Öffentlichkeit.³

Das von Habermas auf Basis seiner Öffentlichkeitstheorie entwickelte deliberative Demokratiemodell geht über eine solche Informationsfunktion der Öffentlichkeit hinaus und entwirft zusätzlich die Aufgabe öffentlicher Meinungs- und Willensbildung. Demnach bietet Öffentlichkeit eine Sphäre für eine diskursive Auseinandersetzung verschiedener Standpunkte, die sich über eine Prüfung und Annäherung rationaler Argumente zu öffentlichen Meinungen „verdichten“.⁴ Über die öffentliche Meinung können gesellschaftliche Erwartungen an das politische System sowie Kritik an seinen Leistungen formuliert und Druck auf politische Entscheidungsträger ausgeübt werden. In diesem Sinne wird Öffentlichkeit als korrigierende Gegeninstanz staatlicher Institutionen betrachtet und ermöglicht eine möglichst umfassende Beteiligung aller Gesellschaftsmitglieder am politischen Prozess. Den Medien fällt dabei nicht nur die Rolle der Vermittler von unterschiedlichen Positio-

-
- 1 Saxer, Ulrich: „System, Systemwandel und politische Kommunikation“, in: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hg.), Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft, Opladen: Leske und Budrich 1998, S. 21-64, hier S. 25.
 - 2 Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1990.
 - 3 Gerhards, Jürgen: „Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch“, in: Neidhardt, Friedhelm/Friedrichs, Jürgen/Lepsius, Rainer (Hg.), Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen, Köln: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34 1994, S. 77-105, hier S. 87ff.
 - 4 Habermas: Faktizität, S. 436.

nen zu, sondern sie treffen als eigenständige Akteure auch kommentierende Aussagen zu politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen.⁵

Gleichwohl ist die Idealvorstellung einer frei zugänglichen und kritischen Öffentlichkeit einer Reihe von Einschränkungen unterworfen. Faktoren der sozialen Stratifizierung wie Bildung, Einkommen und soziale Herkunft beeinflussen nicht nur Chancen einer aktiven Teilnahme an öffentlicher Kommunikation, sondern schaffen auch unterschiedliche Voraussetzungen und Interessen der Mediennutzung. Die Anzahl und Komplexität potentiell relevanter Themen machen eine Selektion letztendlich veröffentlichter Beiträge notwendig und fördern die Entstehung verschiedener Teilpublika.⁶ Habermas selbst hat die Veränderung der von ihm dargestellten bürgerlichen Öffentlichkeit im Laufe des 20. Jahrhunderts als die zweite Hälfte des „Strukturwandels der Öffentlichkeit“ beschrieben: Mit fortschreitender Modernisierung der Gesellschaft und der Entstehung massenmedialer Öffentlichkeiten schwinde die Kritikfähigkeit der Öffentlichkeit. Aufgrund der Kommerzialisierung der Medien werde das Publikum nicht mehr als Bürger, sondern als Konsumenten angesprochen, die weniger an reflektierten Beiträgen zur öffentlichen Debatte, als an Unterhaltung interessiert seien. Der Einfluss miteinander konkurrierender Markt- und Privatinteressen auf die Öffentlichkeit steige, das Publikum werde zunehmend entpolitisiert und die Chancen zu einer horizontalen, gleichberechtigten Kommunikation sänken.⁷

Die Massenmedien schaffen in diesem Prozess durch die Auswahl und Präsentation von Inhalten Prioritäten, mit denen Themen in der Öffentlichkeit wahrgenommen und behandelt werden. Zwar kann dieses Agenda-Setting durchaus als engagierte Thematisierung gesellschaftlicher Konflikte und Problemstellungen erfolgen, mit der Medien ihrer Kritikfunktion gerecht werden. Doch unverkennbar wirken auch medienspezifische Mechanismen der Informationsbearbeitung, welche Themen mit hohem Nachrichtenwert zu Aufmerksamkeit verhelfen. Einflussreiche Akteure verfügen über einen besseren Zugang zur öffentlichen Wahrnehmung. Die

5 Habermas, Jürgen: „The Public Sphere: An Encyclopedia Article“, in: *New German Critique* 1 (3) (1974), S. 49-55; Neidhardt, Friedhelm: „Einleitung: Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen“, in: Neidhardt, Friedhelm/Friedrichs, Jürgen/Lepsius, Rainer (Hg.), *Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen*, Köln: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34 1994, S. 7-40; Peters, Bernhard: „Der Sinn von Öffentlichkeit“, in: Neidhardt, Friedhelm/Friedrichs, Jürgen/Lepsius, Rainer (Hg.), *Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen*, Köln: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34 1994, S. 42-76.

6 Peters: *Sinn von Öffentlichkeit*, S. 51ff.

7 Habermas: *Strukturwandel*.

Nähe zu Machtzentren, die mit politischen Entscheidungen auch Nachrichten produzieren, ist ebenso entscheidend wie die Fähigkeit, Informationen wirksam zu verbreiten und mediengerecht aufzuarbeiten. Alle an der öffentlichen Kommunikation beteiligten Akteure versuchen demnach, Öffentlichkeit im Sinne ihrer jeweiligen Anliegen zu erzeugen bzw. zu verhindern, verfolgen also „*charakteristische Strategien zur Verbesserung ihrer Anteile an dieser...*“.⁸ Insofern vollzieht sich die Konstituierung von Öffentlichkeit immer auch unter konkurrierender Minimierung oder Ausschluss bestimmter Positionen.

Abgesehen von den durch Habermas selbst aufgezeigten Einschränkungen hat die kritische Rezeption und Fortentwicklung seiner Arbeit Lücken im Konzept der bürgerlichen Öffentlichkeit sowie Ausschlussmechanismen, die zum Nachteil bestimmter Gesellschaftsmitglieder wirken, deutlich gemacht. Die Herausbildung einer bürgerlichen Gesellschaft von Klubs und Debattierzirkeln wird dementsprechend als Prozess interpretiert, durch den sich die Bourgeoisie als eigenständige Gesellschaftsschicht von den alten aristokratischen Eliten, aber auch der einfachen Bevölkerung abgrenzte und politischen Einfluss geltend machte. Unter Zugriff auf Gramsci analysiert Eley bürgerliche Öffentlichkeit als einen Paradigmenwechsel weg von der überwiegend repressiven Machtausübung durch die Monarchie hin zu einer eher hegemonialen, auf Konsenserzeugung basierenden Herrschaft. Somit löste im Prinzip eine soziale Gruppe die andere bei der Dominierung der Gesellschaft ab.⁹ Anderen Gesellschaftsmitgliedern blieb der Zugang zur bürgerlichen Öffentlichkeit aufgrund von sozialer Herkunft, Rasse oder Geschlecht verwehrt. Auch unterschiedlicher Zugriff auf das von Bourdieu konzeptionalisierte „kulturelle Kapital“, also die Beherrschung von Bildungsressourcen und kulturellen Referenzen, verhinderte eine gleichberechtigte Teilnahme am öffentlichen Raisonement.¹⁰ Die feministische Kritik an Habermas wiederum unterstreicht den Ausschluss von Frauen aus der bürgerlichen Öffentlichkeit, verweist aber gleichzeitig auf die Herausbildung alternativer Vereine und Publikationen, über die sich Frauen zu organisieren und zu artikulieren suchten.¹¹

In diesem Sinne betont Fraser, dass von der Teilnahme an Öffentlichkeit ausgegrenzte Gruppen immer auch eigene Räume für den Austausch und die Organisie-

8 Saxer: System, S. 32.

9 Eley: Nations, Publics.

10 Fraser, Nancy: „Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy“, in: Social Text 25/26 (1990), S. 56-80, hier S. 60. Vgl. dazu: Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1987.

11 Fraser: Rethinking.

rung ihrer jeweiligen Interessen gebildet hätten und bezeichnet diese Sphären als Gegenöffentlichkeit:

„...members of subordinated social groups – women, workers, peoples of colour, and gays and lesbians – have repeatedly found it advantageous to constitute alternative publics. I propose to call these *subaltern counterpublics* in order to signal that they are parallel discursive arenas where members of subordinated social groups invent and circulate counterdiscourses, which in turn permit them to formulate oppositional interpretations of their identities, interests, and needs.“¹²

Derartige Gegenöffentlichkeiten entstehen in Reaktion auf verschiedene Formen der Exklusion und fördern insofern eine Bereicherung der öffentlichen Debatte. Sie bilden eine diskursive Herausforderung, die im Prinzip emanzipatorische Wirkung hat. Dabei wirken sie Fraser zufolge auf zweierlei Art: „*On the one hand, they function as spaces of withdrawal and regroupment; on the other hand, they also function as bases and training grounds for agitational activities directed towards wider publics.*“¹³ An dieser Stelle lässt sich an die erläuterten Zivilgesellschaftsansätze anknüpfen. Die Theoretiker Cohen und Arato gehen ebenfalls davon aus, dass die sozialen Bewegungen und Initiativen der Zivilgesellschaft sowohl auf externe als auch auf interne Weise demokratisches Potential entfalten: zum einen im Zuge der innerhalb der Zivilgesellschaft stattfindenden Aushandlung von Identitäten und Positionen, zum anderen über eine nach außen gegen dominantere Akteure gerichtete Repräsentation von Interessen und Forderungen untergeordneter Gesellschaftsgruppen.¹⁴

Wimmer weist darauf hin, dass der Gegenöffentlichkeitsbegriff mittlerweile ebenso wie der Öffentlichkeitsbegriff „*vielfältig konnotiert ist und höchst unterschiedlich verwendet wird*“.¹⁵ Die Konjunktur des Begriffs in westlichen Demokratien geht vor allem auf die neuen sozialen Bewegungen (Umwelt-, Schwulen-, Antiatombewegung u. a.) zurück, die damit eine gesellschaftskritische Auseinandersetzung mit den etablierten Institutionen von Massenmedien und Politik thematisierten. In seiner ausführlichen Erörterung der unterschiedlichen theoretischen Ansätze differenziert Wimmer in „*alternative, partizipative und medienaktivistische (Gegen-)Öffentlichkeit(en) [...], die aufgrund defizitärer Funktionserfüllung von Öff-*

12 Ebd. S. 67.

13 Ebd. S. 68.

14 Cohen/Arato: Civil Society, S. 555ff.

15 Wimmer, Jeffrey: (Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, S. 243.

fentlichkeit entstehen.“¹⁶ Erstere ist dabei als kritische Teilöffentlichkeit auf die etablierten Medien („Leitmedien“) der Gesellschaft gerichtet und sucht über öffentlichkeitswirksame Aktionen oder aber die Erstellung eigener Medien und Produktionsstrukturen alternative Ansichten innerhalb einer größeren Öffentlichkeit zu verbreiten. Die partizipatorische Gegenöffentlichkeit hingegen umfasst den kommunikativen Austausch innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen und kollektiver Akteure, etwa über bewegungsspezifische alternative Medien oder Veranstaltungen. Hier wird quasi Frasers Gedanke von der Gegenöffentlichkeit als „*training ground*“ aufgenommen, auf dem Bewegungsakteure untereinander Standpunkte und Identitäten verhandeln. Die medienaktivistische Gegenöffentlichkeit schließlich sucht direkt auf Inhalte und Praktiken der Massenmedien Einfluss zu nehmen, etwa über verschiedenen Formen der Kontrolle und Anmahnung zu fairer Berichterstattung („*media monitoring*“) oder die pädagogische Verbesserung der Kritikfähigkeit und Medienkompetenz des Publikums.¹⁷

Naturgemäß lässt sich eine solch differenzierte Herangehensweise an Gegenöffentlichkeit nicht vollständig auf autoritäre Staaten übertragen, wo Medien und öffentliche Kommunikation ganz anderen Einschränkungen unterliegen als im demokratischen System. Gleichwohl findet hier ebenfalls eine diskursive Auseinandersetzung untergeordneter Akteure mit den Ansichten der dominanten politischen Eliten und ihrer Kommunikationsmedien statt. Verbindet man das Konzept der Gegenöffentlichkeit mit den zuvor dargestellten Transformationstheorien, so wird deutlich, dass konfliktorientierte Akteure, die einen politischen Wandel verfolgen, über eine extern ausgerichtete Kommunikation die Herstellung kritischer Teilöffentlichkeiten anstreben müssen, in denen sie die Positionen strategischer Gruppen delegitimieren, alternative Vorstellungen verbreiten und Anhänger für die eigenen Anschauungen gewinnen. Zugleich bieten Gegenöffentlichkeiten die Möglichkeit, über eine interne Kommunikation eigene Standpunkte und Solidaritäten zu entwickeln, bevor diese auf eine höhere gesellschaftliche Ebene übertragen werden können. Die von Wimmer dargestellte Erzeugung einer medienaktivistischen Gegenöffentlichkeit bildet im autoritären System einerseits eine prinzipielle Begleiterscheinung zivilgesellschaftlicher Aktivität, müssen doch Bewegungs- und Oppositionsakteure in der Auseinandersetzung mit autoritären Machthabern immer auch um essentielle Kommunikationsfreiheiten ringen; andererseits kann sie auch hier gezielt verfolgt werden, etwa über die Kooperation von Journalisten mit internationalen Organisationen für Pressefreiheit (Reporter ohne Grenzen, Index on Censorship),

16 Ebd.

17 Ebd. S. 236ff. Vgl. dazu auch: Carroll, William K./Hackett, Robert A.: „Democratic media activism through the lens of social movement theory“, in: Media, Culture and Society 28 (1) (2006), S. 83-104.

um Missstände im Mediensystem anzuprangern. Um mögliche Kommunikationsstrategien von Herausforderern etablierter Machtverhältnisse genauer zu beleuchten, werden im Folgenden die Ansätze der Forschung zu sozialen Bewegungen genutzt.

HERAUSFORDERUNG DURCH KOMMUNIKATION: KONFLIKT UM ZUGANG UND BEDEUTUNG

Bislang wurde deutlich, dass den Medien eine zentrale Rolle bei der Herstellung von Öffentlichkeit zufällt, in der die Belange gesellschaftlicher Gruppierungen verhandelt werden können und die kritisch und korrigierend auf das politische System einwirkt. Gleichwohl ist die Idealvorstellung einer frei zugänglichen und pluralistischen Öffentlichkeit selbst im demokratischen System gewissen Einschränkungen unterworfen. Soziale Akteure konkurrieren mit unterschiedlichen Voraussetzungen um den Zugang zu Medien und Öffentlichkeit, um ihre Ansichten wirkungsvoll zu verbreiten. Im autoritären System dagegen stehen Medien je nach Intensität der staatlichen Überwachung und Repression unter den mehr oder weniger ausgeprägten Kontrollmechanismen der Machthaber, welche die Verbreitung von Darstellungen der Realität, über die ihre Herrschaft delegitimiert würde, zu verhindern suchen. Somit zeigt sich, dass Medien vor dem Hintergrund sozialer und politischer Konflikte zum Gegenstand einer größeren Auseinandersetzung um Kontrolle und Macht werden. Gramscis Vorstellung von Hegemonie hat deutlich gemacht, dass die Herausbildung von Gegenöffentlichkeiten ein erster Schritt zur Infragestellung dominanter Normen und Machtverhältnisse ist, bevor diese über die Formierung kollektiver Solidaritäten innerhalb der Zivilgesellschaft wirksam herausgefordert werden können. Auch den vom SKOG-Modell erstellten Erfolgskriterien für konfliktorientierte Akteure der ideologischen Geschlossenheit, gesellschaftlichen Legitimation und Mobilisierungsfähigkeit von Herausforderern liegen kommunikative Handlungen zu Grunde, in denen Medien entscheidende Ressourcen bilden. Allerdings verschaffen diese Theorien wenig Einblick in die genaueren Mechanismen und Strategien, mit denen untergeordnete soziale Akteure Medien und Kommunikation zur Realisierung ihrer Zielstellungen einsetzen.

Laut Wolfsfeld wetteifern Gegenspieler in politischen Auseinandersetzungen sowohl auf struktureller Ebene um Medienzugang als auch aus kultureller Hinsicht um Bedeutungszuschreibungen für Medieninhalte. Akteure mit Nähe zu Machtzentren besitzen dabei entscheidende Vorteile gegenüber Herausforderern, denen oftmals keine gleichwertigen Ressourcen und Einflussmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Wolfsfeld nennt vier Faktoren, welche die Zugangschancen politischer Akteure zu den Medien beeinflussen. Erstens bestimmt deren politischer oder sozialer

Status den Nachrichtenwert ihrer Handlungen und Äußerungen. Elitenakteure, die erhöhte Medienaufmerksamkeit generieren können, finden sich dabei nicht zwangsläufig nur unter den Machthabern, sondern auch bei den Herausforderern – abhängig von ihrer Stellung als Oppositionskraft. Wichtig sind zweitens der Organisationsgrad und die Ressourcen, welche Herausforderer aufbringen können, um Zugang zu Medien zu gewinnen. Dabei unterscheidet Wolfsfeld zwischen harten Ressourcen (Anzahl der Mitglieder und Anhänger, finanzielle Mittel und Personal für Medienarbeit) sowie weichen Ressourcen (Gruppensolidarität, Erfahrung beim Umgang mit Medien).¹⁸

Diese beiden ersten Faktoren nehmen somit im Prinzip wichtige Kriterien des SKOG-Modells auf: Organisation, ideologische Geschlossenheit, Glaubwürdigkeit und Legitimationskraft bestimmen demnach nicht nur die Erfolgchancen konfliktorientierter Akteure, sondern stehen auch in engem Zusammenhang mit deren Zugang zu Medien und Öffentlichkeit. Interessant erscheint hierbei außerdem der Verweis auf den Wert professioneller Informationsverarbeiter für Herausforderer, wird doch dadurch die Bedeutung der Beziehungen zwischen konfliktorientierten Akteuren und Journalisten oder anderen Medienexperten hervorgehoben.

Als dritten Faktor, der den Medienzugang politischer Akteure beeinflusst, benennt Wolfsfeld außergewöhnliches Verhalten. Proteste und Demonstrationen, spektakuläre Aktionen oder Auftritte und nicht zuletzt Gewaltanwendung wecken die Aufmerksamkeit von Medien und Öffentlichkeit. Hierüber machen Herausforderer ihre Konfliktbereitschaft deutlich, den Willen also, entgegen bestehender Normen und Regeln zu handeln. Zugleich zeigt sich hier die Mobilisierungsfähigkeit konfliktorientierter Akteure, die ihre Anhänger zur Teilnahme an öffentlichkeitswirksamen Demonstrationen zusammenbringen oder aber Unterstützer ideologisch so weit motivieren müssen, dass sie mit regelwidrigen Aktionen gerichtliche Verfolgung oder gar ihr Leben riskieren. Viertens prägt auch die Abhängigkeit politischer Akteure von den Medien deren gegenseitiges Verhältnis. Medien bieten Zugang zur Öffentlichkeit und damit eine Chance zur Teilhabe am politischen Prozess. Haben politische Akteure keine andere Möglichkeit, auf Entscheidungen und Machtverhältnisse einzuwirken, etwa über Präsenz in den staatlichen Institutionen, so steigt ihre Abhängigkeit von den Medien, müssen sie doch ihre Positionen sowohl an höhergestellte Entscheidungsträger als auch an ein größeres Publikum übermitteln. Umgekehrt ist die Abhängigkeit politisch mächtiger Akteure von den Medien geringer. Sie besitzen mehr Möglichkeiten Ereignisse und die dazu veröffentlichten Informationen zu kontrollieren. Herausforderer müssen demzufolge Ge-

18 Wolfsfeld, Gadi: *Media and political conflict. News from the Middle East*, Cambridge/ New York: Cambridge University Press 1997, S. 16ff.

legenheiten nutzen bzw. schaffen, um diese Kontrolle zu durchbrechen und eigene Positionen in die Medien zu bringen.¹⁹

Gleichzeitig sind politische Auseinandersetzungen aber auch Ausdruck rivalisierender Visionen der Realität, welche die Konfliktparteien in den Medien durchzusetzen suchen. Insofern konkurrieren politische Gegner nicht nur um den Zugang zu Medien, sondern auf kulturellem Niveau zusätzlich auch um Deutungsrahmen, die den Medieninhalten unterschiedlichen Sinn verleihen. Es geht darum, Darstellungen und Interpretationen von Ereignissen durchzusetzen, die Unterstützung für eigene Ziele generieren und die Position der Gegenseite schwächen. Dieser Prozess wird durch Ideen, Bilder und Symbole geprägt, die jede Kultur für die Aufnahme und Verarbeitung von Botschaften bereithält. Auch hierbei verfügen strategisch einflussreiche Akteure über entscheidende Vorteile, gestattet ihnen doch die Kontrolle über das politische Umfeld medienwirksame Ereignisse zu inszenieren und Informationsflüsse derart zu lenken, dass Nachrichten den gewünschten „Spin“ erhalten. Zudem prägen dominante Akteure aufgrund ihrer kulturellen Definitionsmacht die politische wie professionelle Kultur innerhalb der Medieninstitutionen und damit eine wesentliche Rahmenbedingung journalistischer Arbeit.²⁰ Die Konfliktfähigkeit von Herausforderern wird demzufolge auch davon bestimmt, inwieweit sie in der Lage sind, eigene Realitätsdeutungen in der Öffentlichkeit durchzusetzen bzw. diesen über die Herausbildung von Gegenöffentlichkeiten und zivilgesellschaftliche Überzeugungsarbeit im Sinne Gramscis allmählich mehr Einfluss zu verleihen.

Insofern wird deutlich, inwieweit Medien sowohl einen Gegenstand als auch eine Ressource politischer Auseinandersetzungen bilden. Wolfsfelds Ausführungen beziehen sich indes hauptsächlich auf ein mehr oder weniger eigenständiges und freies Mediensystem, das Informationen anhand der ihm eigenen Gesetzmäßigkeiten verarbeitet. Zudem beschäftigt er sich mehr mit der Art und Weise, wie politische Akteure Resonanz in der massenmedialen Öffentlichkeit erzielen und geht weniger auf Dynamiken der Erzeugung und Aushandlung von Diskursen durch die Herausforderer ein. Im autoritären System ist die Kontrolle der strategischen Akteure in der Machtelite über Medien deutlich höher, so dass konfliktorientierte Gruppen vermehrt auf die Schaffung von Gegenöffentlichkeiten und eigene alternative Medien angewiesen sind.

Zum Framing durch soziale Bewegungen

Obwohl politische Machthaber im Wettstreit um Kommunikationsmittel und Medieninhalte überlegen erscheinen, verfügen sie doch über keine absolute Kontrolle

19 Ebd. S. 20ff.

20 Ebd. S. 31ff.

und immer wieder gelingt es Herausforderern, Medien erfolgreich für ihre Ziele einzusetzen. Vor allem soziale Bewegungen müssen ihren Gestaltungswillen über eine medial erzeugte Öffentlichkeit deutlich machen, da sie anders als etwa Parteien kaum direkten Zugriff auf das politisch-administrative System der Entscheidungsfindung haben. Nur auf diesem Weg können sie die Aufmerksamkeit und Unterstützung eines größeren Publikums für ihre Ziele gewinnen und Druck auf das politische System ausüben. Besonders „machtorientierte“ Bewegungen, die Einfluss auf politische Entscheidungen und Institutionen nehmen wollen, sind auf eine möglichst große Resonanz in der Öffentlichkeit angewiesen.²¹ Zugleich aber sind soziale Bewegungen aufgrund ihrer lockeren netzwerkartigen Struktur von der Hingabe und dem Engagement von Mitgliedern und Anhängern abhängig. Auch hier sind es diskursive Praktiken, die den internen Zusammenhalt der Bewegung immer wieder erneuern und Teilnehmer anziehen. Gelungene Kommunikation bildet folglich eine zentrale Grundlage für die externen und internen Beziehungen von sozialen Bewegungen und beeinflusst deren Erfolg oder Scheitern entscheidend.²²

Um ihre Umgebung und Anhänger wirkungsvoll anzusprechen und oftmals ungleich stärkere Gegner herauszufordern, leisten Bewegungsakteure eine vielfältige und komplexe Symbolarbeit, mit der sie gesellschaftliche Zustände deuten sowie bestimmte Sinnzusammenhänge entwickeln. Dieser als *Framing* bezeichnete Prozess wird von Entman wie folgt definiert: „... to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation,

21 Im Gegensatz dazu setzen „kulturorientierte“ Bewegungen eher auf „die Überzeugungskraft ihrer Praxisformen“ und versuchen daher weniger eine größere Öffentlichkeit, als vielmehr ihr unmittelbares Umfeld zu beeinflussen. Rucht, Dieter: „Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen“, in: Neidhardt, Friedhelm/Friedrichs, Jürgen/Lepsius, Rainer (Hg.), Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen, Köln: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34 1994, S. 337-58, hier S. 350ff.

22 McAdam, Douglas: „Taktiken von Protesbewegungen. Das ‚Framing‘ der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung“, in: Neidhardt, Friedhelm/Friedrichs, Jürgen/Lepsius, Rainer (Hg.), Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen, Köln: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34 1994, S. 393-412; Rucht, Dieter: „Soziale Bewegungen und ihre Rolle im System politischer Interessenvermittlung“, in: Klingemann, Hans-Dieter/Neidhardt, Friedhelm (Hg.), Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung, Berlin: WZB-Jahrbuch/edition sigma 2000, S. 51-69.

*and/or treatment recommendation for the item described.*²³ Demnach vereinfachen, verknüpfen und betonen Bewegungen bestimmte Erscheinungen ihrer Lebenswelt auf eine Art und Weise, die kollektives Handeln erst ermöglicht, also Teilnehmer mobilisiert, Beistand erzeugt und Gegner diskreditiert. Dabei entwickeln sie eine gewisse dramatische Narrative, die auf verschiedene Frames oder Deutungsrahmen baut. Bewegungsakteure müssen zunächst ein gemeinsames Verständnis von einer Problemlage, deren Ursachen und möglichen Verantwortlichen entwickeln (*diagnostic framing*). Diese Problemdefinition beinhaltet immer auch die Herstellung eines Gefühls der ungerechten Behandlung, das von potentiellen Teilnehmern der Bewegung geteilt wird und sowohl eine Basis für die Herausbildung einer kollektiven Identität, als auch ein Mittel der Abgrenzung vom Gegner sowie zu dessen Delegitimierung bildet. In einem weiteren Schritt werden sodann Lösungsvorschläge und verschiedene Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt (*prognostic framing*). Hier setzt eine direkte Auseinandersetzung mit den Diskursen der Antagonisten ein, die einerseits zurückgewiesen, andererseits mit alternativen Vorstellungen konfrontiert werden. Schließlich liefern andere Frame-Elemente den Anreiz zum tatsächlichen Handeln und stellen eine Beseitigung des identifizierten Problems durch gemeinsame Aktion in Aussicht (*motivational framing*).²⁴

Framing wird als dynamischer Prozess verstanden, bei dem beteiligte Akteure immer wieder Bezug auf aktuelle Entwicklungen und Referenzgruppen nehmen, um die erarbeiteten Bedeutungszusammenhänge zu verändern und anzupassen. Dabei kann es innerhalb der Bewegung zu Konflikten um „richtige“ Interpretationsmuster kommen. Um erfolgreich zu sein, müssen Frames nicht nur eine glaubwürdige und geschlossene Argumentation aufweisen, die einer Auseinandersetzung mit anderen Diskursen standhält, sondern auch an alltägliche Erfahrungen des Zielpublikums anknüpfen und eine gewisse Nachvollziehbarkeit entfalten. Gleichzeitig schöpfen Frames aus dem kulturellen Repertoire einer Gesellschaft, aus dem sie passende symbolische Elemente auswählen und zu neuen Bedeutungen zusammenfügen.²⁵

23 Entman, Robert M.: „Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm“, in: *Journal of Communication* 43 (4) (1993), S. 51-58, hier S. 52.

24 Benford, Robert D./Hunt, Scott A.: „Dramaturgy and Social Movements: The Social Construction and Communication of Power“, in: *Sociological Inquiry* 62 (1) (1992), S. 36-55; Benford, Robert D./Snow, David A.: „Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment“, in: *Annual Review of Sociology* 26 (2000), S. 611-39; Scheufele, Bertram: *Frames - Framing - Framing-Effekte*, Opladen: Westdeutscher Verlag 2003, S. 84ff.

25 Benford/Snow: „Framing Processes“; Hellmann, Kai-Uwe: „Paradigmen der Bewegungsforschung. Eine Fachdisziplin auf dem Weg zur normalen Wissenschaft“, in: Klein, Ans-

Schließlich weist Entman darauf hin, dass Frames neben der Aufzeigung unerwünschter Zustände und möglichen Lösungen auch moralische Wertungen treffen, die der Argumentation mehr Gewicht verleihen und eine Legitimationsgrundlage für die anvisierten Handlungsoptionen schaffen.²⁶

Obgleich soziale Bewegungen kulturelle und historische Referenzen der jeweiligen Gesellschaft nutzen, werden Protest- und Argumentationsformen, die sich als effektiv erwiesen haben, bewegungsübergreifend weitergeführt. Insofern haben sich weltweit bestimmte Aktionsmuster und Frames durchgesetzt, die über nationale und kulturelle Grenzen hinweg wirken. Der zuvorderst mit Gandhi und dem indischen Unabhängigkeitskampf verbundene Einsatz von gewaltlosem Widerstand und zivilem Ungehorsam beispielsweise wird immer wieder von verschiedenen Bewegungen aufgegriffen, da er einerseits große Hingabe für ein bestimmtes Ziel verdeutlicht und damit hohe moralische Autorität entfaltet, andererseits eine deutliche Abgrenzung von den Machthabern symbolisiert und deren Legitimation in Frage stellt.²⁷ In islamischen Ländern gab es ebenfalls immer wieder Bewegungen, die ihre Ziele über gewaltfreien Widerstand verfolgten, jedoch aufgrund starrer Interpretationsrahmen in den westlichen Medien, die den Islam vor allem mit Gewalt und Terrorismus konnotieren, weniger Beachtung fanden.²⁸ Dies änderte sich mit den iranischen Wahlprotesten vom Sommer 2009 sowie dem Sturz von Mubarak in Ägypten Anfang 2011. Beide Protestbewegungen setzten ganz klar auf Strategien des gewaltfreien Widerstands und bezogen daraus nicht nur eine enorme moralische Legitimation, sondern auch wichtige Aufmerksamkeit und Unterstützung einer internationalen Öffentlichkeit. Neben diesen Aktionsformen sind auf diskursiver Ebene Elemente wie Menschenrechte, die Verteidigung kultureller Identität oder der Kampf gegen Imperialismus zu einflussreichen „*master frames*“ geworden, die nicht unbedingt vollständig von Bewegungsakteuren übernommen werden müssen, mit ihren vorgefertigten Skripten von Problemdiagnose und Schuldzuweisung aber essentielle Bausteine für die Erarbeitung eigener situationsspezifischer Argumentationsmuster liefern.²⁹

gar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hg.), Neue Soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen: Westdeutscher Verlag 1999, S. 92-113.

26 Entman: Framing, S. 52ff.

27 Haunss, Sebastian: „Challenging Legitimacy: Repertoires of Contention, Political Claims Making, and Collective Action Frames“, in: Hurrelmann, Achim/Schneider, Steffen/Steffek, Jens (Hg.), Legitimacy in an Age of Global Politics, Houndmills/Basingstoke: Palgrave Macmillan 2007, S. 156-72, hier S. 162ff.

28 Hafez: Heiliger Krieg, S. 233.

29 Benford/Snow: Framing Processes, S. 619. Rutten, Rosanne/Baud, Michiel: „Concluding Remarks: Framing Protest in Asia, Africa, and Latin America“, in: Rutten, Rosanne/

Abgesehen von den kulturellen und soziopolitischen Rahmenbedingungen sowie kurzfristig entstehenden Auslösern oder Opportunitäten beeinflussen natürlich im Wesentlichen die beteiligten Akteure das Framing einer Bewegung. Im Zuge ablaufender Proteste mit ihrer eigenen Dynamik ist sicher die Rolle der unmittelbar Involvierten, informeller Diskussionen und spontaner Reaktionen auf die Ereignisse nicht zu unterschätzen. Ein prägnantes Beispiel hierfür liefert der Tod der jungen Iranerin Neda Agha-Soltan, die am Rande der Wahlproteste im Juni 2009 in Teheran erschossen und durch ein im Internet verbreitetes Amateurvideo dieses Vorfalls zu einer Ikone der Protestbewegung wurde, welche somit den friedlichen Widerstand einer überwiegend jugendlichen Bevölkerung gegen das repressive gewaltbereite Regime herausstellen konnte.

Weitaus wichtiger sind indes zentrale Protagonisten, deren Handlungen und Äußerungen eine Bewegung und ihren Diskurs prägen. Rutten und Baud gehen von unterschiedlichen Mustern in der Beziehung zwischen diesen Figuren und einer sozialen Bewegung aus. So liefern vor allem in der kreativen Anfangsphase von Bewegungen Debatten von „*innovators*“ – Journalisten, Wissenschaftler oder Schriftsteller, also Intellektuelle im weitesten Sinne – Anregung und Inspiration, ohne dass diese zwangsläufig selbst zu den Aktivisten zählen. Andere wiederum verschreiben sich ganz und gar einem Protestthema, um dann entweder aufgrund ihres Bildungsstatus, kulturellen Kapitals und ideologischer Stringenz oder aber durch Ausbildung und innerhalb der Bewegung entstehende Chancen zu deren Führungsfiguren aufzusteigen („*movement intellectuals*“). Schließlich verleihen außenstehende Spezialisten oder öffentliche Intellektuelle, die ihr Wissen und ihre Reputation vorübergehend in den Dienst einer Bewegung stellen, deren Darstellung und Argumentation zusätzliches Gewicht („*allies*“).³⁰ Insgesamt fungieren diese Akteure somit in der Öffentlichkeit als Sprecher, die sich als „Experten“, „Advokaten“ oder „Zeitdeuter“ zu bestimmten Themen äußern, ihnen auf verschiedenen Ebenen Gehör verschaffen und dabei zur Ausbildung der jeweiligen Frames beitragen.³¹ Somit bestätigt sich erneut die sowohl durch Wolfsfeld als auch den SKOG-Ansatz von Schubert hervorgehobene Bedeutung von Vertretern der Bildungsschicht, die mittels ihrer Fähigkeiten die Forderungen zivilgesellschaftlicher Bewegungen und eben auch konfliktorientierter Akteure wirksam artikulieren und in die Öffentlichkeit tragen können. Die nachfolgende Analyse der politischen Transformation in Iran wird ebenfalls deutlich machen, dass Intellektuelle und Journalisten sowohl auf gesellschaft-

Baud, Michiel (Hg.), *Popular Intellectuals and Social Movements: Framing Protest in Asia, Africa, and Latin America*, Amsterdam: International Review of Social History 49, Supplement 2004, S. 197-217, hier S. 205.

30 Rutten/Baud: Framing Protest.

31 Peters: Sinn von Öffentlichkeit, S. 57f.

licher als auch politischer Ebene zu den führenden Akteuren der Reformbewegung zählen.

Im Bestreben, ein Protestthema der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, befinden sich soziale Bewegungen, wie bereits durch die Ausführungen von Wolfsfeld deutlich wurde, in einer größeren Abhängigkeit von den Medien als umgekehrt, da sie auf die mediale Vermittlung ihrer Diskurse an ein größeres Publikum angewiesen sind. Um diese Hürde zu überwinden, stehen Bewegungsakteuren Rucht zufolge drei grundsätzliche Verhaltensstrategien im Umgang mit den Medien offen. Über einen „Angriff“ in Form eines Leserbriefs, expliziter Kritik an der Berichterstattung oder gar gewaltsamen Aktionen gegen Redaktionshäuser, also das erwähnte außergewöhnliche Verhalten, kann auf Fehl- oder Unterrepräsentationen der Bewegungsthematik hingewiesen und eine Verhaltensänderung der Medien eingeklagt werden. Weitaus aufwändiger erweist sich die „Anpassung“, bei der durch eine professionalisierte Öffentlichkeitsarbeit oder nachrichtengerecht inszenierte Aktionen auf Regeln und Kriterien der Informationsverarbeitung durch Medien eingegangen wird, also die entsprechenden Ressourcen für die Medienarbeit aufgebracht werden müssen. Mit der Schaffung von „Alternativen“ schließlich werden eigene Kommunikationsforen etabliert, über die Ziele und Inhalte der Bewegung kundgetan werden können. Es ist klar, dass gerade unter diesem Gesichtspunkt das Internet Bedeutung für die Informationsverarbeitung und -verbreitung durch soziale Bewegungen entfaltet.³²

Transnationale Öffentlichkeiten

Die Mobilisierung öffentlicher Meinung endet heutzutage selten an den Grenzen der Territorialstaaten, da sowohl in der Öffentlichkeit verhandelte Belange als auch Adressaten und potentiell durch Problemthematisierungen Betroffene immer weniger ausschließlich nationaler Natur sind. Zudem hat die Infrastruktur der Kommunikation mit Verbreitung der neuen Medien verstärkt an Kapazität zur Grenzüberschreitung gewonnen.³³ Artikulierten sich soziale Bewegungen in der Vergangen-

32 Ein viertes mögliches Reaktionsmuster wäre „Apathie“, also der Verzicht auf eine Repräsentation der Bewegung in den Medien, resultierend aus der Frustration über zu hohe Schwellen beim Zugang zur Öffentlichkeit. Rucht, Dieter: „The quadruple ‚A‘. Media strategies of protest movements since the 1960s“, in: Donk, Wim van de/Loader, Brian D./Nixon, Paul G./Rucht, Dieter (Hg.), *Cyberprotest: New Media, Citizens and Social Movements*, London/New York: Routledge 2004, S. 29-56.

33 Fraser, Nancy: „Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Legitimität und Effektivität der öffentlichen Meinung in einer postwestfälischen Welt“, in: Niesen, Peter/Herborth,

heit vor allem auf lokaler oder nationaler Ebene, so richten sie sich inzwischen immer öfter auch an ein transnationales Publikum. Parallel zur zunehmenden Delegation politischen Handelns an internationale Organisationen wie die Weltbank oder die Vereinten Nationen hat sich eine „globale Zivilgesellschaft“ in Form von transnationalen Assoziationen und Netzwerken herausgebildet. Deren Akteure interagieren auf vielfältige Art mit den internationalen Institutionen, sei es durch die Bereitstellung von Expertise im Rahmen gemeinsamer Kooperationen oder die öffentlichkeitswirksame Kritik an wahrgenommenen Missständen globalen Regierens.³⁴ Internationale Nichtregierungsorganisationen (NROs) sind inzwischen maßgeblich am Entwurf und der Verbreitung von Normen und Regulierungen weltweiten politischen Handelns beteiligt. Im Gegensatz zu anderen Akteuren entfalten sie dabei Einfluss nicht über ökonomisches, territoriales oder militärisches Machtpotential, sondern vielmehr auf diskursivem Wege, indem sie also Wissen und Informationen verbreiten, Netzwerke und Öffentlichkeiten mobilisieren.³⁵

Durch eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Akteure können auf Basis geteilter Prinzipien und eines gemeinsamen Diskurses transnationale Interessengemeinschaften entstehen. Besonders Kampagnen zu grundsätzlichen Werten, etwa im Bereich von Menschenrechten, Umweltschutz oder Gesundheit haben die größten Chancen, länder- und kulturübergreifend Teilnehmer, deren rationale Belange im Grunde nicht unmittelbar involviert sind, zu mobilisieren. Im Zentrum dieser „*advocacy networks*“ steht die Zusammenstellung und Aufbereitung von Informationen sowie deren strategischer Einsatz, um Überzeugungs- und Druckpotential für den Umgang mit politischen Akteuren zu gewinnen. Über das angepasste Framing ihrer Inhalte versuchen transnationale Bewegungen, zugunsten bestimmter Normen Aufmerksamkeit bei unterschiedlichen Zielgruppen zu erzeugen, Institutionen anzusprechen und erwünschte Handlungen auszulösen. Hierbei kommen unterschiedliche Beteiligte zusammen, angefangen von intellektuellen Einzelaktivisten und lokalen sozialen Bewegungen über NROs, Forschungsinstitute und Stiftungen bis hin zu Teilen von Nationalregierungen und Parlamenten.³⁶

Benjamin (Hg.), Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2007, S. 224-53.

34 Nanz, Patricia/Steffek, Jens: „Zivilgesellschaftliche Partizipation und die Demokratisierung internationalen Regierens“, in: Niesen, Peter/Herborth, Benjamin (Hg.), Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2007, S. 87-110.

35 Holzscheiter, Anna: „Discourse as Capability: Non-State Actors' Capital in Global Governance“, in: *Millennium - Journal of International Studies* 33 (3) (2005), S. 723-46.

36 Keck, Margaret E./Sikkink, Kathryn: *Activists beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics*, Ithaca/New York: Cornell University Press 1998, S. 2, 9.

Die Wirkung derartiger Netzwerke zeigt sich für Keck und Sikkink vor allem mit Hinblick auf folgende Punkte:

„(1) by framing debates and getting issues on the agenda; (2) by encouraging discursive commitments from states and other policy actors; (3) by causing procedural change at the international and domestic level; (4) by affecting policy; and (5) by influencing behaviour changes in target actors“.³⁷

Für die Bemühungen von sozialen Bewegungen im innerstaatlichen Bereich sind transnationale Netzwerke insofern von Bedeutung, als sie ihnen neue Ressourcen und Handlungsoptionen eröffnen. Blockiert etwa ein autoritärer Staat die Kommunikation mit der Gesellschaft, so dass diese keine Möglichkeit hat, ihre Belange in die politische Sphäre zu tragen und deren Entscheidungen zu beeinflussen, suchen zivilgesellschaftliche Akteure auf internationaler Ebene nach neuen Allianzen. Mithilfe gleichgesinnter Ansprechpartner können sie Zugang zu Medien, Regierungen und Organisationen in anderen Ländern gewinnen und auf diesem Umweg eine internationale Öffentlichkeit gegen die eigene Regierung mobilisieren.³⁸ Grundsätzliches Ziel hierbei ist eine moralische Delegitimierung der Normverletzungen durch autoritäre Machthaber, einhergehend mit einer Aufwertung der eigenen Position, um durch Druck „von oben“ und „von unten“ eine Änderung im Regimeverhalten zu erzwingen.³⁹ Neben der effektiven Vermittlung ihrer Interessen finden schwächere Akteure aus Entwicklungs- und Transformationsländern in transnationalen Netzwerken auch eine Quelle finanzieller und ideeller Unterstützung, etwa durch Kontakte zu Geberorganisationen oder Wissenstransfer. Die internationalen bzw. zumeist westlichen Mitstreiter im Netzwerk hingegen erhalten durch diesen Austausch authentische Informationen aus dem jeweiligen Lokalkontext, mit denen sie ihrem Einsatz eine stärkere Glaubwürdigkeit und Legitimität geben können.⁴⁰ In

37 Ebd. S. 201.

38 Ebd. S. 12ff.

39 Dieses „Bumerang-Modell“ von Keck und Sikkink entwickeln Risse et al. weiter zur „Spirale“, demnach die Internalisierung von Menschenrechten durch einen normverletzenden Staat über verschiedene Phasen läuft, angefangen von Repression und Ablehnung dieser Normen über taktische Konzessionen auf argumentativer Ebene bis hin zur Selbstverstrickung in den eigenen Lippenbekenntnissen und einer allmählich erzwungenen Akzeptanz. NROs spielen bei Aktivierung und Beschleunigung dieser Spirale eine zentrale Rolle, indem sie in Netzwerken lokale und transnationale Akteure in Verbindung zueinander bringen sowie internationale Öffentlichkeit und westliche Regierungen involvieren. Risse/Ropp/Sikkink (Hg.): *The Power*.

40 Keck/Sikkink: *Activists*, S. 13, 22.

Iran hat es vor allem die Frauenbewegung geschafft, über transnationale Netzwerke auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen und damit auch eine westliche Öffentlichkeit zu erreichen. Die Grüne Bewegung hat ebenfalls ein grenzüberschreitendes Netzwerk von Anhängern entwickeln können, bleibt dabei aber mehr innerhalb der iranischen Diaspora, sieht man von der kurzfristigen Mobilisierung der internationalen Medienöffentlichkeit auf dem Höhepunkt der Proteste ab.

Als essentielles Bindemittel prägt Kommunikation die Beziehungen der Mitglieder von transnationalen Netzwerken. Effektivität und Belastbarkeit eines Netzwerks sind ebenso wie die Fähigkeit als kohärent handelnder Akteur aufzutreten von der Intensität der Kontakte bei der Verhandlung gemeinsamer Werte und Herausbildung einer gemeinsamen Identität abhängig. Auf transnationaler Ebene spielen gleichzeitig intellektuelle Vermittlerfiguren eine wichtige Rolle, indem sie internationale bzw. westliche Konzepte in lokale Kontexte übersetzen und umgekehrt die Belange einer lokalen Bewegung in die internationale Sphäre vermitteln. Da erst bestimmte Argumentationsmuster Anschluss an transnationale Netzwerke ermöglichen, müssen internationale Medien und NROs von lokalen Akteuren mit den entsprechenden Frames versorgt werden, um Aufmerksamkeit und Zugang zu den entsprechenden Ressourcen zu gewährleisten. Ganz klar spielen die Kommunikationsmöglichkeiten des Internets eine wichtige Rolle bei Verbindungen und Austausch zwischen den unterschiedlichen Mitgliedern solcher Netzwerke und erleichtern direkte und schnelle Kontakte zu internationalen Medien.

MEDIEN IM TRANSFORMATIONSPROZESS: WELCHE ROLLE, WELCHER EINFLUSS?

In autoritären Staaten erscheinen die Handlungsbedingungen für Medien zunächst recht eindeutig. Die Massenmedien sind dem politischen System untergeordnet, um zu dessen Selbstdarstellung und Legitimierung beizutragen. Als Instrumente politischer Sozialisation dienen sie der Verfestigung der jeweils herrschenden Staatsdoktrin: *„Nicht die Vermittlung aktueller Fakten und Ereignisse steht im Mittelpunkt journalistischer Praxis, sondern die Interpretation der Wirklichkeit auf der Folie einer festgelegten Weltanschauung.“*⁴¹ Um ein Funktionieren der Medien im Sinne des Regimes zu gewährleisten, entwickeln diese Staaten einen unterschiedlich stark ausgeprägten Kontrollapparat. Abhängig vom Härtegrad des autoritären Systems

41 Voltmer, Katrin: „Massenmedien und demokratische Transformation in Osteuropa“, in: Klingemann, Hans-Dieter/Neidhardt, Friedhelm (Hg.), *Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung*, Berlin: WZB Jahrbuch/edition sigma 2000, S. 123-51, hier S. 127.

reichen die Einschränkungen von legislativen Grenzen über Zensur bis hin zur gewaltsamen Repression. Zudem beeinflussen systemkonforme Normen und Verhaltensweisen, die über Bildungssystem und Strafandrohung gesellschaftlich implementiert werden, die Berufskultur von Journalisten sowie den Medienkonsum durch das Publikum.

Trotz alledem werden Medien in autoritären Systemen nicht ausschließlich von den dominierenden sozialen und politischen Strukturen bestimmt. Vielmehr können sie durchaus ganz gegensätzliche Rollen spielen, wie Sreberny-Mohammadi und Mohammadi hervorheben:

„[...] media are part of political problems and part of the solutions, essential elements of repressive political structures as well as vehicles for their overthrow. Media can be used by states to establish their definitions of the political, their versions of history; they are part of the political state apparatus, the forces of repression. At the same time, media can be tools of popular mobilization, they can maintain alternative histories and promote oppositional culture...“⁴²

Ähnlich sind für O’Neil die Beiträge von Medien zu politischer Veränderung abhängig von deren Form und Funktion innerhalb einer Gesellschaft und werden von soziokulturellen, ökonomischen und politischen Faktoren bestimmt.⁴³ Voltmer unterstreicht wiederum den „*Doppelcharakter der Medien*“, der sich einerseits in deren Eigenschaft als leistungsfähige Übermittler von Botschaften manifestiert, andererseits in ihrer Position als tatsächliche Akteure, „*die die von ihnen verbreiteten Inhalte nach ihren eigenen Kriterien auswählen und bearbeiten*“.⁴⁴ Inwieweit dieses Handlungspotential ausgeschöpft wird, hängt davon ab, wie sehr Medien von politischen Akteuren vereinnahmt werden oder ob sie bis zu einem gewissen Grad eigenständig agieren können. Downing argumentiert darüber hinaus, dass nicht allein die Inhalte von Medien Beachtung verdienen, sondern vielmehr auch symbolische Dimensionen der Mediennutzung.⁴⁵ Den Cultural Studies zufolge sind Aneignung und Interpretation medial vermittelter Botschaften durch das Publikum Be-

42 Sreberny-Mohammadi, Annabelle/Mohammadi, Ali: *Small Media, Big Revolution: Communication, Culture and the Iranian Revolution*, Minneapolis/London: University of Minnesota Press 1994, S. 20.

43 O’Neil, Patrick H.: „Democratization and Mass Communication: What Is the Link?“, in: O’Neil, Patrick H. (Hg.), *Communicating Democracy. The Media and Political Transitions*, Boulder/London: Lynne Rienner Publishers 1998, S. 1-20, hier S. 7.

44 Voltmer: *Massenmedien*, S. 129.

45 Downing, John: *Internationalizing Media Theory. Transition, Power, Culture*, London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage Publications 1996, S. XV.

standteil einer aktiven Konstruktion von Kultur und erfolgen nicht zwangsläufig in der vom Produzenten intendierten Art und Weise. Auch die Auswahl und Handhabung der jeweiligen Medien kann Bedeutungszuweisungen transportieren, die sich von einem kulturellen Kontext zum anderen unterscheiden: das Lesen „zwischen den Zeilen“, der Konsum einer gewissen Fernsehsendung oder allein der Gebrauch von Videorecordern drücken demnach in bestimmten Zusammenhängen eine Gegenkultur mit Ablehnung dominanter Werte und Normen aus.⁴⁶

Medien sind also eng mit dem jeweiligen kulturellen und politischen Umfeld verbunden. Dieses unterliegt besonders im Transformationsprozess vielgestaltigen Veränderungen, wodurch sich zahlreiche kontextspezifische Variablen ergeben, die die Rolle von Medien im Systemwandel beeinflussen. Je nach Fallstudie entstehen daher ganz unterschiedliche Perspektiven auf mögliche Beiträge von Medien zu diesen Prozessen. So gelangt etwa Garon in ihrer Untersuchung Algeriens zu dem Ergebnis, dass die Presse nur eine beeinflussbare Nachzüglerin politischer Ereignisse gewesen sei und mitunter eher zufällig zur Dynamik der Entwicklungen beigetragen habe. Ohne Unterstützung durch Zivilgesellschaft, Opposition und Justiz konnten die algerischen Zeitungen einer autoritären Regression des Regimes nicht entgegenwirken.⁴⁷ Jones hingegen beobachtet, dass Journalisten in Transitionsprozessen zu den zentralen Akteuren von Oppositionsbewegungen zählen und sieht im Anstieg von Pressepublikationen ein deutliches Zeichen für den Beginn politischer Veränderung.⁴⁸ Während der Umbrüche in Osteuropa haben Journalisten den öffentlichen Austausch und politischen Dialog vorangetrieben, die politische Kultur verändert und die Bevölkerung zu Demonstrationen mobilisiert. Thomaß und Tzankoff stellen daher fest, dass in den meisten osteuropäischen Ländern „*Medien und*

46 Winter, Rainer: „Cultural Studies als kritische Medienanalyse: Vom ‚encoding/decoding‘-Modell zur Diskursanalyse“, in: Hepp, Andreas/Winter, Rainer (Hg.), *Kultur - Medien - Macht: Cultural Studies und Medienanalyse*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, S. 47-63. Zu Iran: Schirazi, Asghar: „Gegenkultur als Ausdruck der Zivilgesellschaft in der Islamischen Republik Iran“, in: Ferhad, Ibrahim/Wedel, Heidi (Hg.), *Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient*, Opladen: Leske und Budrich 1995, S. 135-63; Sreberny-Mohammadi, Annabelle/Mohammadi, Ali: „Hegemony and Resistance: Media Politics in the Islamic Republic of Iran“, in: *Quarterly Review of Film and Video* 12 (4) (1991), S. 33-59.

47 Garon, Lise: „The Press and Democratic Transition in Arab Societies: The Algerian Case“, in: Brynen, Rex/Korany, Bahgat/Noble, Paul (Hg.), *Political Liberalization and Democratization in the Arab World. Theoretical Perspectives*, Boulder/London: Lynne Rienner Publishers 1995, S. 149-65.

48 Jones, Adam: *The press in transition. A comparative study of Nicaragua, South Africa, Jordan, and Russia*, Hamburg: Dt. Übersee-Institut 2002.

*die in ihnen agierenden Journalistinnen und Journalisten in der unmittelbaren Umbruchphase eine entscheidende Rolle gespielt und gar als Motor der Transformation gesehen werden können“.*⁴⁹

Um trotz der Vielfalt des empirischen Materials ein theoretisches Verständnis für Potentiale und Wirkungsgrenzen von Medien bei der Demokratisierung autoritärer Systeme zu erlangen, schlägt Hafez modellhafte Generalisierungen bisheriger Erkenntnisse vor. Demzufolge werden verschiedene Arten und Reichweiten von Medien sowie bestimmte Einflussfaktoren unterschieden, die in den sukzessiven Phasen der Transformation unterschiedliches Aktionspotential entfalten.⁵⁰

Große Medien und kleine Medien

Als klassische „große“ Massenmedien sind Radio, Fernsehen und Presse in autoritären Staaten schon allein durch ihre institutionelle Inflexibilität einer höheren Kontrolle unterworfen. Aus diesem Grund spielen „kleine“ Medien eine weitaus größere Rolle bei der Verbreitung von alternativen Informationen und oppositionellen Ansichten. Das prominenteste Beispiel für diese Art der Untergrundkommunikation liefern zweifellos die so genannten *samizdat*-Publikationen, die während der 1980er Jahre vor allem in Polen und der Tschechoslowakei kursierten. Sie griffen neben literarischen auch politische Themen auf und boten ein Diskussionsforum für Dissidenten.⁵¹ Im Vorfeld der Iranischen Revolution von 1979 untergruben Audiokassetten mit den Ansprachen Khomeinis die Berichterstattung der vom Schahregime kontrollierten Massenmedien, indem sie die traditionelle Kommunikationsform der Predigt mit einer modernen Technik verbanden, die ebenso leicht zu produzieren, wie unter die Leute zu bringen war.⁵²

49 Thomaß, Barbara/Tzankoff, Michaela: „Medien und Transformation in den postkommunistischen Staaten Osteuropas“, in: Thomaß, Barbara/Tzankoff, Michaela (Hg.), Medien und Transformation in Osteuropa, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001, S. 235-52, hier S. 249.

50 Hafez, Kai: „International vergleichende Medienforschung: Eine unterentwickelte Forschungsdimension“, in: Hafez, Kai (Hg.), Die Zukunft der internationalen Kommunikationswissenschaft in Deutschland, Hamburg: Dt. Überseeinstitut 2002, S. 59-94; Hafez, Kai: „Globalization, Regionalization, and Democratization: The Interaction of Three Paradigms in the Field of Mass Communication“, in: Hackett, Robert A./Zhao, Yuezhi (Hg.), Democratizing Global Media, London/Boulder/New York: Rowman and Littlefield Publishers 2005, S. 145-61.

51 Voltmer: Massenmedien, S. 132.; Downing, John: Radical Media, Boston: South End Press 1984, S. 308ff.

52 Sreberny-Mohammadi/Mohammadi: Small Media.

Da der Einsatz kleiner Medien nur geringen technischen und finanziellen Aufwand erfordert, können Akteure, die von der durch den Staat dominierten öffentlichen Kommunikation ausgeschlossen sind, auf diesem Weg ihre Interessen artikulieren. Minoritäre Gruppierungen erhalten so die Chance, sich gegenüber wirtschaftlichen und politischen Machthabern Gehör zu verschaffen. Zumindest innerhalb eines begrenzten Rezipientenkreises untergraben kleine Medien das autoritäre Informationsmonopol und fördern über die Bildung von Gegenöffentlichkeiten eine Pluralisierung des öffentlichen Diskurses insgesamt.⁵³

Neben dieser Außenwirkung unterstützen kleine Medien auch den internen Austausch von Herausforderern, die ja ihre Positionen zunächst formulieren und deren Verbreitung organisieren müssen. Dadurch werden Einzelakteure miteinander in Verbindung gebracht und kollektive Standpunkte entwickelt. So verbesserte die Produktion der *samizdat*-Presse in Osteuropa die „organisatorische Effizienz der Oppositionsgruppen“ und ihre Handlungsfähigkeit auf der politischen Bühne in der Phase nach dem Zusammenbruch des autoritären Regimes.⁵⁴ Selbst Flugblätter und Graffiti sind in diesem Zusammenhang nicht ohne Bedeutung. Im politisch repressiven Umfeld autoritärer Staaten mit strenger Einschränkung von realen Versammlungen und freiem Meinungsaustausch entwickeln sich über die gemeinsame Nutzung solcher klandestinen Botschaften imaginäre Solidargemeinschaften, die eine spätere Mobilisierung tatsächlichen Widerstands erleichtern.⁵⁵ Demnach festigen kleine Medien die interne Geschlossenheit und kollektive Identität von politischen Herausforderern und fördern damit einen wesentlichen Aspekt der vom SKOG-Modell aufgestellten Erfolgsfaktoren konfliktorientierter Akteure.

Der Bedeutungszuwachs kleiner Medien resultiert vor allem aus der Instrumentalisierung der Massenmedien durch die Machthaber. Aufgrund der Diskrepanz zwischen regimegesteuerten Medienbildern und tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnissen erleiden letztere in der Bevölkerung einen Glaubwürdigkeitsverlust, der ihren Einfluss deutlich einschränkt. Hafez spricht in diesem Zusammenhang von einer „gegenläufigen Tendenz“ in den Wirkungen großer und kleiner Medien. Mit Hinwendung immer größerer Teile der Bevölkerung zu alternativen Informationsquellen weiten sich die hierüber gebildeten Teilöffentlichkeiten aus. Als Konse-

53 Dabei ist derartigen alternativen Medien nicht zwangsläufig ein demokratischer Charakter zu unterstellen. So nutzen auch die radikal-islamischen Taliban in Afghanistan DVDs, Mobiltelefone und Flugblätter, um die Bevölkerung für ihren bewaffneten Widerstand gegen die NATO-Truppen zu gewinnen. Vgl. International Crisis Group: „Taliban Propaganda: Winning the War of Words?“, Kabul/Brüssel 2008.

54 Voltmer: Massenmedien, S. 145.

55 Sreberny-Mohammadi/Mohammadi: Small Media, S. 24.

quenz einer wachsenden Kluft zwischen offiziellem Diskurs und verdeckt zirkulierenden Gegenmeinungen wird die Legitimationsbasis des Regimes unterhöhlt.⁵⁶

Einflussfaktoren auf die Rolle von Medien

Dennoch werden Massenmedien in autoritären Regimes nicht zwangsläufig totalitär „gleichgeschaltet“. Rivalitäten innerhalb der Machtelite können zu unterschiedlich ausgeprägter Kontrolle einzelner Akteure über die Medien führen. Divergenzen in den Medieninhalten sprengen zwar nicht den Rahmen der offiziellen Staatsdoktrin, verdeutlichen aber regimeinterne Widersprüche.⁵⁷ Überdies gestehen weiche autoritäre Systeme den Medien bei Wahrung bestimmter Tabuzonen Freiräume zu. Die Grenzen zu einem allmählich einsetzenden Systemwandel sind jedoch fließend. In jedem Fall sind das Ausmaß und die Kohärenz autoritärer Kontrolle ein wesentlicher Faktor, der potentielle Beiträge von Medien zu Öffnung und Wandel des autoritären Systems bestimmt.⁵⁸

In engem Zusammenhang dazu stehen auch die Zugangschancen von Akteuren aus der Zivilgesellschaft zu den Medien. Neben den eigentlichen Zielstellungen zivilgesellschaftlicher Initiativen steht immer auch die Forderung nach freier Meinungsäußerung, die wiederum eine essentielle Grundlage für das Handlungspotential von Medien bildet. Den Verbindungen zwischen Herausforderern und Medien fällt demnach eine hohe Bedeutung zu: *„The media might be more effective in articulating alternative views and mobilizing people for transition if their positions are in line with the political programs of existing groups or networks.“*⁵⁹ Teilen Medienakteure und Zivilgesellschaft dieselben Interessen, finden sich Journalisten tatsächlich in vorderster Front von Oppositionsbewegungen und können erheblich zur Verbreitung von deren Zielstellungen beitragen.

In Algerien oder der DDR der Wendezeit hingegen gaben Medien nur zögerlich gesellschaftliche Veränderungen wieder und hinkten mit der Berichterstattung deutlich hinter den Ereignissen her. Ostdeutsche Journalisten verhielten sich größtenteils systemkonform und zeigten ein demokratieabträgliches Verständnis von Medienfunktionen.⁶⁰ Insofern ist der Entwicklungsgrad der journalistischen Profession,

56 Hafez: Medienforschung, S. 82.

57 Voltmer: Massenmedien, S. 131.; Downing: Media Theory, S. 65ff.

58 Hafez: Globalization.

59 Ebd. S. 148.

60 Garon: The Press; Hesse, Kurt: „Fernsehen und Revolution: Zum Einfluss der Westmedien auf die politische Wende in der DDR“, in: Rundfunk und Fernsehen 38 (3) (1990), S. 328-42.

d. h. die Ausbildung von Medienakteuren, ihr berufliches Selbstverständnis und ihre Ethik ein weiterer Faktor für die Rolle von Medien in der Transformation.⁶¹

Die Freiräume der großen Medien können erst bei fortschreitender Liberalisierung wachsen. Mit zunehmendem Legitimationsverlust konfrontiert, reagieren autoritäre Regime bisweilen mit der Rücknahme politischer und ideologischer Inhalte zugunsten von Unterhaltungsprogrammen in den staatlichen Massenmedien. Kommen derartige Zugeständnisse verspätet und bleiben hinter gesellschaftlichen Erwartungen zurück, die unter dem Einfluss von Gegenöffentlichkeiten entstanden sind, werden sie von der Bevölkerung als taktische Maßnahmen erkannt und verstärken den Eindruck der Regimeschwäche.⁶² In dieser Phase bleiben Medienakteure jedoch abhängig von reformbereiten Regimevertretern, die eine begrenzte Meinungs- und Informationsvielfalt tolerieren und schützen. Kennzeichnend ist eine große Unsicherheit im Mediensektor, da aufgrund der fehlenden Einführung rechtsstaatlicher Prinzipien jederzeit willkürliche Rückschläge seitens reaktionärer Kräfte aus der Herrschaftselite möglich sind. Für Journalisten ist dies häufig gleichbedeutend mit einem Balanceakt, bei dem es darum geht, gewonnene Freiheiten zu nutzen, jedoch nicht sogleich wieder zu verspielen.

Die klassischen Massenmedien können demnach „*weder Ursache noch Auslöser des Umbruchs*“ sein, sondern bestenfalls dessen vorsichtig dokumentierende Begleiter.⁶³ Für Bennett liegt gerade hierin eine der wesentlichen Leistungen, die diese Medientypen im Laufe gesellschaftlicher Umwälzungen vollbringen können. Allein indem sie bestimmte Entwicklungen abbilden und verbreiten, bestätigen sie einem größeren Publikum deren tatsächliches Stattfinden, erschweren somit eine Rückkehr zu den ursprünglichen Verhältnissen und integrieren mehr Menschen in den Veränderungsprozess.⁶⁴ Diese Dokumentationsleistung von Veränderung erhält zusätzliches Gewicht, handelt es sich um international oder transnational operieren-

61 Hafez: Globalization; Jones: Press in transition; Korff, Yorck von: Missing the Wave. Egyptian Journalists' Contribution to Democratization in the 1990s, Hamburg: Dt. Orient-Institut 2003; Thomaß/Tzankoff: Medien.

62 Das Fernsehen der DDR führte beispielsweise Ende der 1980er Jahre eine Jugendsendung ein, die sich offensichtlich (und wenig erfolgreich) an ähnlichen Formaten westdeutscher Programme orientierte. Das iranische Staatsfernsehen reagierte auf die wachsende Konkurrenz durch ausländische Satellitenprogramme mit einer umfassenden Modernisierung seiner Inhalte. Vgl. dazu auch: Voltmer: Massenmedien.

63 Ebd. S. 135.

64 Bennett, W. Lance: „The Media and Democratic Development: The Social Basis of Political Communication“, in: O'Neil, Patrick H. (Hg.), Communicating Democracy. The Media and Political Transitions, Boulder/London: Lynne Rienner Publishers 1998, S. 195-207, hier S. 202.

de Medien, die frei von den Einschränkungen des autoritären Nationalstaates gleichsam zu Katalysatoren der Ereignisse werden können. Im Herbst 1989 etwa führten die Bilder westdeutscher Fernsehsender von den Leipziger Montagsdemonstrationen, die in der DDR zu empfangen waren, zu einem rapiden Anstieg der Teilnehmerzahlen.⁶⁵ Sicher stellt die frühere deutsch-deutsche Medienlandschaft einen Sonderfall dar, da westliche Rundfunk- und Fernsehprogramme in den übrigen osteuropäischen Ländern kaum mit einer derartigen Leichtigkeit konsumiert werden konnten. Doch die Verbreitung des Satellitenfernsehens im Laufe der 1990er Jahre hat auch diese Barrieren aufgehoben. Dies bringt O'Neil dazu, von „Demonstrationseffekten“ grenzüberschreitender Kommunikation zu sprechen, die politische Veränderungen beeinflussen. Bilder internationaler Medien ermöglichen den Menschen in repressiven Staaten vergleichende Einblicke in funktionierende Demokratien sowie die Orientierung an verschiedenen Vorbildern und Werten. Synergiewirkungen entstünden auch durch Berichte von Transformationsbestrebungen anderer Gesellschaften.⁶⁶ Das Wachstum regionaler Medienmärkte hat diesen Tendenzen zusätzliche Dynamik verliehen. Regionsspezifische Satellitensender arbeiten auf transnationaler Ebene mit allen Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Kommunikationstechnologie und sind gleichzeitig in Sprache, Kultur und Gesellschaft des Empfängerlandes verankert. Ein Paradebeispiel liefert der qataritische Nachrichtensender *Al-Jazeera*, dessen Programme in arabischen Ländern ein breites Publikum ansprechen. Über Behandlung bisheriger Tabuthemen und neue Programmformate hat der Sender zur Diversifizierung des öffentlichen Diskurses in der arabischen Welt beigetragen.⁶⁷ Während der Umbrüche des Arabischen Frühlings 2011 hat *Al-Jazeera* durch kontinuierliche Berichterstattung eine zentrale Rolle bei Übermittlung und Verstärkung des gesellschaftlichen Verlangens nach politischem Wandel innerhalb der arabischen Welt gespielt. Ein Faktor, der die Rolle von Medien in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen bestimmt, ist somit deren regionale und kulturelle Bindung. Dem Fernsehpublikum in Iran hat eine Reihe von persischsprachigen Satellitensendern zwar auch neue Informationsquellen eröffnet, doch können diese Sender aufgrund der strengen Medienzensur des Regimes keine eigenen Korrespondenten in Iran stationieren. Darunter leidet der kontinuierliche Bezug dieser Programme auf gesellschaftliche und politische Entwicklungen in Iran.

65 Hesse: Fernsehen und Revolution.

66 O'Neil: Democratization, S. 12.

67 Lynch, Marc: *Voices of the New Arab Public. Iraq, Al-Jazeera, and Middle East Politics Today*, New York: Columbia University Press 2006; Sakr, Naomi: *Satellite Realms. Transnational Television, Globalization and the Middle East*, London: I.B. Tauris 2001.

Zwar zeigt das Beispiel der arabischen Satellitensender, dass das Massenmedium Fernsehen im autoritären Umfeld Beiträge zur Herausbildung einer kritischen Öffentlichkeit leisten kann, doch bleiben kleine Printmedien und alternative Kommunikationskanäle hier die wichtigsten Plattformen für den Austausch politischer Ideen. Somit kommen schließlich auch strukturelle Rahmenbedingungen für die Entstehung von Öffentlichkeit stärker zum Tragen: Bildungsstand, politische Kultur und sozioökonomische Stratifizierung der Bevölkerung. Analphabetentum und Armut reduzieren den Wirkungskreis solcher Medien erheblich. Demgegenüber kann privates Kapital, das für Investitionen im Mediensektor zur Verfügung steht, staatlichen Einfluss beschneiden und Konkurrenz fördern. Allerdings stehen Wirtschaftseliten häufig in einem Abhängigkeitsverhältnis zu autoritären Machthabern und zeigen vermindertes Interesse an grundlegenden politischen Veränderungen.⁶⁸

Insgesamt wurden mögliche Beiträge von Medien zur politischen Transformation sowie wichtige Einflussfaktoren deutlich. Die Ausprägung des autoritären Systems, Professionalität und Ethik der Journalisten, Bildungsniveau und politische Kultur einer Gesellschaft sowie Verbindungen zwischen Zivilgesellschaft und Medien beeinflussen die Rolle von Medien in Wandlungsprozessen entscheidend. Abhängig vom Stadium der Transition und dem Medientypus können Medien unterschiedliche Wirkungen entfalten. Relevant für diese Arbeit ist vor allem die Erzeugung alternativer Öffentlichkeiten durch kleine Medien, über die einerseits die politische Meinungsbildung pluralisiert, andererseits der interne Austausch von konfliktorientierten Akteuren erleichtert wird, so dass neue politische Programmatiken entwickelt und Anhänger gewonnen werden können. Diese Erkenntnisse gilt es, auf das Internet zu übertragen.

68 Hafez: Globalization, S. 147.

